



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Soziales
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert

Wiesbaden, 18.08.2010

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Soziales
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Soziales
am Mittwoch, 25. August 2010, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 21.4.2010 und 9.6.2010

2. **10-A-16-0002**

Eingabe von sozialen Einrichtungen und Institutionen

3. **10-V-51-0023**

DL 23/10-6

Sozialbericht zur Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien

4. 09-V-51-0076 DL 17/10-2, ANLAGE

Bericht Tagesbetreuung für Kinder 2008/2009
- *Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 9.6.2010 (BP 0068)*

5. 10-F-25-0057 ANLAGE

Soziale Ausgrenzung von Kindern von Geringverdienenden und Familien im SGB II Bezug
- *Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 9.6.2010 (BP 0072)* -

6. 10-F-25-0058 ANLAGE

Gesellschaftliche und sprachliche Integration von Kindern und Jugendlichen in Einrichtungen der Erziehungshilfe
- *Bericht des Dezernates VI vom 28.7.2010* -

7. 10-F-25-0031 ANLAGE

Eingliederungshilfen für Kinder und Jugendliche mit Rechen- oder Lese-Rechtschreibstörungen
- *Bericht des Dezernates VI vom 5.8.2010* -

8. 10-F-25-0046 ANLAGE

(Amts-)Vormundschaften
- *Bericht des Dezernates VI vom 21.7.2010* -

9. 10-F-25-0054 ANLAGE

Optimierung des Anmeldesystems in Kindertagesstätten
- *Bericht des Dezernates VI vom 4.8.2010* -

10. 10-F-03-0007

Teilnahme der städtischen Kindertagesstätten an dem ESF-Programm "Mehr Männer in Kitas"
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.8.2010 -

Vorbemerkung:

Bis zum 30. September 2010 läuft die Interessebekundungsfrist für die Träger von Kindertagesstätten, um sich für das ESF-Programm „Mehr Männer in Kitas“ zu bewerben. Das Programm ermöglicht den Trägern eine Vollfinanzierung, die mit mindestens 7 Kitas und weiteren Kooperationspartnern innovative Konzepte zur geschlechtersensiblen Erziehung erproben wollen.

Der Sozialausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert an dem ESF-Programm „Mehr Männer in Kitas teilzunehmen. Damit werden folgende Ziele verbunden: Mehr männliche Erzieher zu gewinnen, die geschlechtersensible Erziehung im Vorschulalter zu fördern und die Qualität in der frühkindlichen Erziehung durch Einbeziehung männlicher Vorbilder zu gewährleisten.

11. 10-F-01-0060

Kinder-Eltern-Zentren (KiEZ)
- Antrag der SPD-Fraktion vom 17.8.2010 -

Seit April 2009 sind sechs Kindertagesstätten in das zeitlich befristete Projekt „Kinder-Eltern-Zentrum“ (KiEZ) eingebunden.

Der Magistrat möge berichten:

- Inwieweit ist es gelungen die gesetzten Ziele (z.B. Öffnung der Kita zum Stadtteil, erste Anlaufstelle zum Thema Kindererziehung etc.) zu erreichen?
- Wie wurden die Kinder-Eltern-Zentren angenommen? Welche Daten gibt es über ihre Nutzung?
- Welche Möglichkeiten gibt es, eine Fortführungsfinanzierung über 2010 hinaus sicher zu stellen?
- Welche Möglichkeiten gibt es, das Pilotprojekt in den Regelbetrieb zu überführen und auf weitere Stadteile auszudehnen?

12. 10-V-51-0036

DL 25/10-8

Jahresbericht SGB II 2009

13. 10-F-25-0035

ANLAGE

Aufgabenwahrnehmung nach dem SGB II
- *Bericht des Dezernates VI vom 30.7.2010* -

14. 10-F-01-0028

ANLAGE

Auswirkungen der Wohngeldreform auf den Sozialleistungsbezug in Wiesbaden
- *Bericht des Dezernates VI vom 15.6.2010* -

15. 10-F-01-0062

Stromspar-Check

- Antrag der SPD-Fraktion vom 17.8.2010 -

Im Rahmen des Projekts „Stromspar-Check“ des Caritasverbands Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V., unter Beteiligung der Landeshauptstadt Wiesbaden, werden einkommensschwache Haushalte in Wiesbaden rund um Einsparpotentiale bei Wasser- und Haushaltsstromverbrauch beraten und Langzeitarbeitslose als Energiesparberater qualifiziert.

Der *Magistrat möge berichten:*

- Wie viel Langzeitarbeitslose konnten als Stromsparhelfer in Arbeitsgelegenheiten qualifiziert werden?
- Wie war die Qualifizierung gestaltet?
- Welche Möglichkeiten der Ausbildung als Energieberater z.B. zur Ausstellung von Energiepässen für Wohngebäude nach Vorgaben der EnEV 2007 oder als BAFA- anerkannter vor Ort Energieberater (Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle) sind für die qualifizierten Maßnahmenteilnehmer gegeben Welche Unterstützung bekommen sie von der Landeshauptstadt Wiesbaden?
- Wie viele Empfänger von Leistungen nach dem SGB II und Bezieher von Wohngeld konnten durch die Beratungen erreicht werden?
- Gibt es belastbare Zahlen, wie sich der Energieverbrauch der Zielgruppe verändert hat und welche finanziellen Einsparungen erzielt werden konnten?
- Wie sah die Finanzierung des Projektes durch die Landeshauptstadt Wiesbaden aus?
- Kann eine Finanzierung des Projektes weiterhin gewährleistet werden?

16. 10-F-03-0005

Neukonzeptionierung der Integrationsmittel nach dem SGB II

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.8.2010 -

Vorbemerkung:

Die Bundesregierung hat im April dieses Jahres nach einer „kurzfristigen“ Sperre alle Mittel für Eingliederungsleistungen für das Jahr 2010 zur Bewilligung freigegeben. Die Mittel sollen allerdings „zielgenauer“ eingesetzt werden, d.h. für die Förderung Alleinerziehender, für die Förderung junger Menschen sowie für die Eingliederung älterer arbeitsloser Personen. Aufgrund der Sparmaßnahmen der Bundesregierung steht zu befürchten, dass bewährte Eingliederungsangebote für SGB II LeistungsbezieherInnen künftig wegfallen. Die Beschäftigungspolitik der Stadt sollte sich rechtzeitig auf die Änderungen einstellen, damit keine Maßnahmeangebote verloren gehen.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten darzulegen:

1. Welche Eingliederungsmaßnahmen werden aufgrund der o.g. Neuorientierung künftig wegfallen?
2. Wann und wo wird die von der Bundesregierung geforderte „zentrale Anlaufstelle“ für Alleinerziehende eingerichtet? Wie bewertet der Magistrat eine solche zentrale Anlaufstelle und welche Veränderungen ergeben sich bezüglich der bisherigen Förderung Alleinerziehender?

3. Welche Änderungen sind aufgrund der Neukonzeptionierung der Förderung von Maßnahmen für junge Menschen zu erwarten und wie sieht die geplante neue Aktivierungs- und Vermittlungsoffensive im Bereich der Grundsicherung aus?
4. Welche und wie viele „regionale Beschäftigungspakte“ für die Beschäftigungschancen Älterer gibt es und welche neuen sind ggfs. geplant?

17. 10-F-06-0038

Schutz medizinischer Daten von Leistungsberechtigten nach dem SGB
- Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden vom 18.8.2010 -

Der Ausschuss möge beschließen

Der Magistrat möge dafür Sorge tragen, dass die Kosten für die Ausstellung einer Schwangerschaftsbestätigung für Berechtigte von SGB II und SGB XII durch das Amt für soziale Arbeit übernommen werden.

Diese ist zukünftig statt einer Kopie des Mutterpasses für die Gewährung des Mehrbedarfes einzufordern, da der Mutterpass persönliche gesundheitliche Daten enthält, die nicht relevant für die Gewährung von Leistungen sind.

18. 10-F-01-0061

Wohnungslosigkeit - Prävention stärken
- Antrag der SPD-Fraktion vom 17.8.2010 -

Der Verlust der eigenen Wohnung bzw. Wohnungslosigkeit ist i. d. R. kein plötzlicher Vorfall, sondern ein (schleichender) Prozess Er beginnt in der Wohnung und hat eine längere Vorgeschichte.

Der Magistrat wird gebeten

- zu berichten, welche präventiven Maßnahmen in Wiesbaden zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit ergriffen werden, um frühzeitig mit potentiell betroffenen Mietern ins Gespräch zu kommen, um eine Räumungsklage zu verhindern?
- alternativ dazu, Kooperationsvereinbarungen zwischen den städtischen Wohnungsbaugesellschaften und geeigneten freien Trägern zu vermitteln mit dem Ziel, Mieterinnen und Mietern mit Mietschulden frühzeitig Hilfe anbieten zu können und dadurch Räumungsklagen zu vermeiden.

19. 10-F-03-0006

Anerkennung ehrenamtlichen Engagements
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.8.2010 -

Vorbemerkung:

Auf Anregung des Stadtjugendrings wurde das Thema „Ungleichbehandlung von Ehrenamts-card-InhaberInnen und JuleiCa-InhaberInnen“ im Ausschuss thematisiert und ein Bericht seitens des Magistrats gefordert. Der Bericht wurde immer wieder hinausgeschoben und ist bis dato noch nicht erfolgt.

Der Ausschuss wolle beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, wie im Beschluss Nr. 0123 in der Sitzung am 02.09.2009 zugesagt, über die Gespräche mit dem Stadtjugendring bezüglich der Anerkennung der JuleiCa-InhaberInnen in der Sitzung am 25.08.2010 zu berichten.

20. 10-F-06-0040

Erfahrungen mit dem "Persönlichen Budget"
- Antrag der Fraktion Linke Liste Wiesbaden vom 18.8.2010 -

Der Ausschuss möge beschließen

Der Magistrat möge berichten, welche Erfahrungen die Landeshauptstadt Wiesbaden seit Mitte 2008 bis heute mit dem "Persönlichen Budget" für Menschen mit Behinderung gemacht hat.

21. 09-V-51-0050

DL 19/10-1 NÖ, ANLAGE

Nachfinanzierung von Einstellplätzen in der Tiefgarage Schulberg im Sanierungsgebiet "An der Bergkirche"
- *Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 9.6.2010 (BP 0079)*

22. 09-V-51-0083

DL 13/10-1 NÖ, ANLAGE

Übertragung von Aufgaben der Wohnraumförderung und der Städtebauförderung auf die SEG;
neuer Beschluss eines Dienstleistungsvertrages ab dem 01.01.2010
- *Beschluss des Ausschusses für Soziales vom 9.6.2010 (BP 0080)*

23. 10-V-51-0046

DL 26/10-8

Schaffung neuer Betreuungsplätze für Krippen- und Elementarkinder in Mainz-Kostheim auf dem Gelände der ehemaligen Zündholzfabrik
- *Der Magistrat berät hierzu in seiner Sitzung am 24.8.2010 -*

24. 10-A-16-0001

ANLAGE

Bericht des Sozialdezernenten
- *Schriftlicher Bericht des Dezernates VI vom 3.8.2010 zum Thema "Kostenausgleich für Kommunen"*

25. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 08-V-51-0071

ANLAGE

Verwendung anteiliger Spielbankmittel (Tronc) für den Bereich Soziales
- *Bericht des Dezernates VI vom 28.6.2010 zu den Anträgen II.Quartal 2010 -*

2. 10-V-20-0041

DL 26/10-2 NÖ

Stationäre Altenpflege in kommunaler Trägerschaft; Baukonzeption Standort Dotzheim

3. 10-V-20-0044

DL 26/10-3

Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.06.2010 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

4. 10-V-51-0020

DL 25/10-5

Grundsatzvorlage - Ersatzneubau der Kindertagesstätte Schlangenbader Straße

5. 10-V-51-0029

DL 23/10-7

Dynamisierung des Leistungsvertrages Mädchentreff e. V.

6. 10-V-51-0033

DL 26/10-6

Expertise zum Kompetenz-Entwicklungs-Programm (KEP) der Schulsozialarbeit

7. 10-V-51-0034

DL 25/10-6

Finanzierung der Kindertagesstätten der AWO e. V., Dynamisierung der bestehenden Leistungsverträge

- | | | |
|------------|--|--------------------|
| 8. | 10-V-51-0035 | DL 25/10-7 |
| | Umzug und Erweiterung des Waldorfkindergartens | |
|
 | | |
| 9. | 10-V-51-0037 | DL 26/10-7 |
| | Grundsatzvorlage - Schaffung weiterer Krippenplätze in der städtischen Kindertagesstätte
Kostheim, Am Rübenberg | |
|
 | | |
| 10. | 10-V-80-8010 | DL 25/10-13 |
| | Modellprojekt "Übungsleiter- und Verwaltungsaufgaben im Sport" - Fortführung | |
|
 | | |
| 11. | 10-V-80-8012 | DL 24/10-11 |
| | Beschäftigungszuschuss nach § 16e SGB II - Übernahme der Kosten für 25prozentige
Gegenfinanzierung | |
|
 | | |
| 12. | 10-V-80-8013 | DL 24/10-12 |
| | Beschäftigungsprogramm " Zusammenarbeit mit Integrationsfirmen " - Friedhofsteam -
Projektverlängerung | |
|
 | | |
| 13. | 10-V-80-8014 | DL 24/10-13 |
| | Zweite Verlängerung der Projektlaufzeit "Jobnavi - Was willst du werden?!" | |
|
 | | |
| 14. | 10-V-80-8018 | DL 24/10-14 |
| | Beschäftigungsprojekt Bürokräft - Personelle Unterstützung von EXINA | |

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Diers
Vorsitzender